

OLIVER STRECKERT

Verwaltungsinterner Unionsrechtsschutz

Jus Internationale et Europaeum

118

Mohr Siebeck

Jus Internationale et Europaeum

herausgegeben von
Thilo Marauhn und Christian Walter

118



Oliver Streckert

Verwaltungsinterner Unionsrechtsschutz

Kohärenter Rechtsschutz durch Einführung
eines Widerspruchskammermodells
für die Europäische Kommission

Mohr Siebeck

Oliver Streckert, geboren 1981; Studium der Rechtswissenschaft an der Georg-August-Universität Göttingen und der Universität Turku (Finnland); Mitarbeiter am Institut für Völker- und Europarecht der Georg-August-Universität Göttingen; 2008 Magister Legum Europae; Rechtsreferendariat am Landgericht Kassel; 2010–11 Tätigkeit als Rechtsanwalt in Köln; seit 2011 wissenschaftlicher Referent für Innen- und Rechtspolitik bei der CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen; 2016 Promotion.

e-ISBN PDF 978-3-16-154798-0

ISBN 978-3-16-154797-3

ISSN 1861-1893 (Jus Internationale et Europaeum)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2016 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohr.de

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden.

Für Lissy

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2015/2016 von der Juristischen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen als Dissertation angenommen. Sie entstand neben meiner beruflichen Tätigkeit als wissenschaftlicher Referent für Innen- und Rechtspolitik bei der CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen.

Dass der Leser meine Doktorarbeit nunmehr als fertiges Buch in Händen hält, erfüllt mich mit großer Dankbarkeit gegenüber allen, die ihre Entstehung ermöglicht und gefördert haben.

Herzlicher Dank gebührt zunächst meinem Doktorvater, Herrn Professor Dr. Frank Schorkopf, der die Arbeit in jeder Hinsicht glänzend betreut und das Prüfungsverfahren zügig durchgeführt hat. Für die Erstellung des Zweitgutachtens danke ich Herrn Professor Dr. Thomas Mann. Bedanken möchte ich mich außerdem bei Herrn Professor Dr. Christian Calliess, der während seiner Lehrtätigkeit in Göttingen mein Interesse am Recht der Europäischen Union geweckt und durch die Aufnahme in sein Lehrstuhlteam frühzeitig gefördert hat. Den Herausgebern der Schriftenreihe *Jus Internationale et Europaeum* danke ich für die ehrenvolle Aufnahme meiner Arbeit in das Verlagsprogramm von Mohr Siebeck.

Auf privater Ebene danke ich meinen Eltern und meinem Bruder für alles, was sie mir bis heute entgegenbringen. Ganz besonderer Dank gilt schließlich meiner Frau, die während der mehrjährigen Arbeit an dem vorliegenden Buch auf einen großen Teil unserer gemeinsamen Zeit verzichtet hat. Ohne ihre liebevolle Unterstützung hätte ich neben meiner beruflichen Tätigkeit – noch dazu in einer Lebensphase, in der wir eine Familie gegründet haben – unmöglich die Freiräume finden können, die ein Dissertationsprojekt benötigt. Deshalb ist ihr dieses Buch gewidmet.

Neuss, im März 2016

Oliver Streckert

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	III
Abkürzungsverzeichnis	IX
Einleitung.....	1
A. <i>Bewährung der Rechtsgemeinschaft durch Rechtsschutz</i>	1
I. Reformdiskussionen	2
II. Eine Frage der Kohärenz	2
B. <i>Gang der Darstellung</i>	4
Erster Teil: Die Ausdiversifizierung des Unionsrechtsschutzes ..	7
A. <i>Primärrechtliche Grundkoordinaten des Unionsrechtsschutzes</i>	7
I. Die Garantie effektiven gerichtlichen Rechtsschutzes	7
1. Normative Basis	7
2. Materieller Gewährleistungsinhalt: Wirksamer Rechtsschutz	8
a) Rechtsweggebot.....	8
b) Anspruch auf ein Gericht	9
c) Beachtung rechtsstaatlicher Verfahrensmaximen	10
3. Monopolisierung des Unionsrechtsschutzes beim EuGH?	10
II. Elemente außergerichtlichen Unionsrechtsschutzes	11
III. Fazit	12
B. <i>Sekundärrechtliche Ausdiversifizierungsprozesse</i>	13
I. Zum Begriff der Ausdiversifizierung.....	13
II. Ausdiversifizierung des Verwaltungsvollzuges auf Unionsebene	13
1. Ursprüngliche Vollzugskonzeption.....	14
a) Indirekter Vollzug des Unionsrechts durch nationale Behörden	14

b)	Direkter Vollzug des Unionsrechts durch supranationale Behörden	14
2.	Erscheinungsformen der Ausdiversifizierung	15
a)	Ausweitung des Direktvollzuges	15
b)	Etablierung von Agenturen	16
aa)	Rechtsgrundlagen	17
bb)	Bestandsaufnahme und Klassifizierung.....	18
(1)	Regulierungsagenturen	18
(2)	Exekutivagenturen	22
3.	Die Meroni-Doktrin als Grenze der Ausdiversifizierung des Verwaltungsvollzuges?.....	24
a)	Ursprünglicher Aussagegehalt	24
b)	Folgerechtsprechung	25
aa)	Das Urteil in Rs. Van der Vecht vom 5. Dezember 1967.....	25
bb)	Das Gutachten zum Stilllegungsfonds für die Binnenschifffahrt vom 26. April 1977.....	26
cc)	Das Urteil in der Rs. Romano vom 14. Mai 1981.....	27
dd)	Das Urteil in der Rs. Tralli vom 26. Mai 2005	27
ee)	Das Urteil in den verb. Rs. Alliance for Natural Health u.a. vom 12. Juli 2005.....	28
ff)	Das ESMA-Urteil vom 22. Januar 2014.....	29
(1)	Erster Klagegrund: Verstoß gegen die in den Meroni-Urteilen genannten Grundsätze für die Übertragung von Befugnissen	29
(2)	Zweiter Klagegrund: Verstoß gegen einen im Urteil Romano aufgestellten Grundsatz.....	29
(3)	Dritter Klagegrund: Unvereinbarkeit der Übertragung von Befugnissen mit den Art. 290 und 291 AEUV	30
(4)	Vierter Klagegrund: Verstoß gegen Art. 114 AEUV.....	30
(5)	Schlussanträge des Generalanwalts	30
(6)	Würdigung durch den Gerichtshof	31
gg)	Das Urteil in der Rs. Spanien/Parlament und Rat vom 5. Mai 2015.....	35
hh)	Fazit: Neudeutung der Meroni-Doktrin als Kompensationsrelation	36
c)	Meinungsstand in der Literatur	37
aa)	Strenge Auslegung der Meroni-Doktrin	37
bb)	Relativierende Auslegung der Meroni-Doktrin	38
d)	Stellungnahme	39

III. Ausdiversifizierung des Verwaltungsrechtsschutzes auf Unionsebene.....	41
1. Agenturverwaltungshandeln als Herausforderung für den Unionsrechtsschutz.....	41
a) Ursprünglich kein gerichtlicher Rechtsschutz	41
b) Die Sogelma-Entscheidung des EuG	42
c) Rechtsschutzerweiterung durch den Vertrag von Lissabon: Art. 263 Abs. 1 S. 2 AEUV.....	44
2. Evolution spezifischer Rechtsschutzmöglichkeiten gegenüber dem Verwaltungshandeln der Agenturen	44
a) Rechtsbeschwerdemodell	44
b) Aufsichtsbeschwerdemodell.....	45
c) Direktklagemodell	46
d) Widerspruchskammermodell.....	46
e) Kombinationsmodelle	48
f) Modelle mit punktuellen Rechtsschutzregelungen.....	49
3. Stagnation der Rechtsschutzmöglichkeiten gegenüber dem Verwaltungshandeln der Kommission	49
 C. <i>Ergebnis</i>	50
 Zweiter Teil: Ein imperfekter Quantensprung.....	52
 A. „Die notwendige Kohärenz des vom Vertrag geschaffenen Rechtsschutzsystems“	52
I. Rechtsschutzkohärenz als föderales Prinzip?.....	52
1. Reichweitenbegrenzung des mitgliedstaatlichen Rechtsschutzauftrags	53
2. Europäisierung einzelner Institute des nationalen Prozessrechts..	53
a) Einstweiliger Rechtsschutz	54
b) Mitgliedstaatliche Einstandspflichten im Staatshaftungsrecht	55
c) Gerichtliche Kontrolldichte.....	56
d) Rechtskraft.....	56
3. Bewertung: Die Kohärenzkautele des EuGH als selbsterfüllende Prophezeiung	57
II. Gegenmodell: Rechtsschutzkohärenz als unionales Prinzip	58
1. Etymologie des Kohärenzbegriffs.....	59
2. Primärrechtliche Kohärenzaussagen	59
a) Allgemeine Aussagen zur Kohärenz von Politiken und Maßnahmen der Union.....	59

aa)	Art. 13 Abs. 1 EUV	59
bb)	Art. 7 AEUV	60
(1)	Systematische Funktion	60
(2)	Materieller Gehalt	61
(3)	Adressat	62
(4)	Keine Kompetenzgrundlage	63
(5)	Justiziabilität und Kontrolldichte	63
b)	Spezielle Kohärenzaussagen für einzelne Politikfelder	63
aa)	Auswärtiges Handeln	63
bb)	Katastrophenschutz	64
cc)	Forschungspolitik	65
c)	Kohärenz des Unionsrechts	65
aa)	Art. 256 Abs. 2 UAbs. 2 AEUV	65
bb)	Art. 256 Abs. 3 AEUV	66
(1)	Überprüfung durch den EuGH nach Verweisung durch das EuG	67
(2)	Überprüfung durch den EuGH auf eigene Initiative	67
cc)	Art. 349 Abs. 3 AEUV	67
3.	Schlussfolgerungen: Kohärenzwahrung als legitimierende Kraft für die Ausdiversifizierung des Unionsrechtsschutzes	68
<i>B.</i>	<i>Kohärenz des ausdiversifizierten Unionsrechtsschutzes</i>	<i>69</i>
<i>I.</i>	<i>Effektivität des Rechtsschutzes als überwölbende Zielvorgabe</i>	<i>70</i>
1.	Zur Effektivität des Aufsichtsbeschwerdemodells	70
a)	Suspensiv-effekt des Rechtsbehelfs	70
b)	Kontrolldichte	71
c)	Unmittelbarkeit der Rechtsschutzentscheidung	71
d)	Änderungsbefugnis bezüglich der angefochtenen Entscheidung	71
e)	Postulationsfähigkeit	71
f)	Verfahrensdauer	72
2.	Zur Effektivität des Widerspruchskammermodells	72
a)	Suspensiv-effekt des Rechtsbehelfs	72
b)	Kontrolldichte	72
c)	Unmittelbarkeit der Rechtsschutzentscheidung	72
d)	Änderungsbefugnis bezüglich der angefochtenen Entscheidung	73
e)	Postulationsfähigkeit	73
f)	Verfahrensdauer und Befriedungswirkung	73
aa)	Weitgehendes Erkenntnisproblem	73

bb)	Das Beschwerdekammersystem des HABM als Haupterkennnisquelle	74
cc)	Zusätzlicher Beschleunigungseffekt durch vorgeschaltes Rechtsbeschwerdemodell	75
3.	Zur Effektivität des Direktklagemodells	75
a)	Suspensiv-effekt des Rechtsbehelfs	75
b)	Kontroll-dichte	76
c)	Unmittel-barkeit der Rechtsschutzentscheidung	76
d)	Änderungs-befugnis bezüglich der angefochtenen Entscheidung	76
e)	Postulations-fähigkeit	77
f)	Verfahrens-dauer	77
4.	Ergebnis: Unwucht in der Effektivität des Unionsrechtsschutzes	77
a)	Erste Problemebene: Unterschiedlich effektive Rechtsbehelfe innerhalb des Agenturwesens	77
b)	Zweite Problemebene: Unterschiedlich effektive Rechtsbehelfe zur Anfechtung von Agentur- und Kommissionsverwaltungs-handeln	79
II.	Kohärenz-urteil	79
1.	Fortwährende Rechtsschutzkohärenz in Bezug auf die Anfechtbarkeit des Verwaltungshandelns der Agenturen	79
2.	Verlorengegangene Rechtsschutzkohärenz in Bezug auf die Anfechtbarkeit des Verwaltungshandelns der Kommission	82
3.	Fazit	82

Dritter Teil: Überlegungen zur Wiederherstellung verlorengangener Rechtsschutzkohärenz..... 84

A.	<i>Demontage oder Expansion verwaltungsinterner Rechtsbehelfe?</i>	84
B.	<i>Primärrechtlicher Rahmen</i>	85
I.	Der Grundsatz der begrenzten Einzelermächtigung	85
II.	Potenzielle Ermächtigungsgrundlagen	85
1.	Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf (Art. 47 GRCh)	86
2.	Recht auf eine gute Verwaltung (Art. 41 GRCh)	87
3.	Wert der Rechtsstaatlichkeit (Art. 2 EUV)	88
4.	Europäische Verwaltung (Art. 298 AEUV)	89
a)	Verwaltungsinterner Rechtsschutz als Merkmal einer offenen Verwaltung	91

b)	Verwaltungsinterner Rechtsschutz als Merkmal einer effizienten Verwaltung.....	92
c)	Verwaltungsinterner Rechtsschutz als Merkmal einer unabhängigen Verwaltung.....	94
5.	Flexibilitätsklausel (Art. 352 AEUV)	95
III.	Ergebnis	96
C.	<i>Suche nach einem geeigneten Rechtsschutzmodell</i>	96
I.	Institutionelle Erwägungen.....	97
1.	Ausscheiden des Modells der Aufsichtsbeschwerde	97
2.	Rechtsbeschwerde- oder Widerspruchskammermodell als verbleibende Alternativen	98
II.	Historisch-vergleichende Erwägungen	98
1.	Verwaltungsinterner Rechtsschutz in Deutschland	98
a)	Ausgangspunkt: Zivilprozessualer Verwaltungsrechtsschutz.....	98
b)	Der Rekurs als Frühform des Aufsichtsbeschwerdemodells	99
c)	Kommissionale Verwaltungskontrolle als Frühform des Widerspruchskammermodells	100
d)	Zurückdrängung des Widerspruchskammermodells durch den Aufbau einer Verwaltungsgerichtsbarkeit.....	102
aa)	Evolution einer eigenständigen Verwaltungsgerichtsbarkeit.....	102
bb)	Konsolidierungsphase des verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutzes.....	104
cc)	Verwaltungsinterner Rechtsschutz in der Bundesrepublik Deutschland.....	104
(1)	§ 72 VwGO als Ausprägung des Rechtsbeschwerdemodells	105
(2)	§ 73 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 VwGO als Ausprägung des Aufsichtsbeschwerdemodells.....	106
(3)	§ 73 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 und 3 VwGO als Ausprägung des Rechtsbeschwerdemodells	106
(4)	§ 73 Abs. 2 VwGO als Ausprägung des Widerspruchskammermodells	106
dd)	Aktuelle Diskussion um die Leistungsfähigkeit verwaltungsinterner Rechtsschutzmodelle.....	108
e)	Fazit.....	109
2.	Verwaltungsinterner Rechtsschutz in Frankreich.....	110
a)	Grundlagen	110
b)	Zweigeteiltes System verwaltungsinternen Rechtsschutzes..	112

aa)	Der fakultative recours administratif.....	112
bb)	Der obligatorische recours administratif	113
c)	Modelle verwaltungsinternen Rechtsschutzes	114
aa)	Recours gracieux: Rechtsbeschwerdemodell.....	114
bb)	Recours hiérarchique: Aufsichtsbeschwerde- oder Widerspruchskammermodell.....	114
(1)	Hierarchisch übergeordnete Behörden als Aufsichtsbeschwerdestellen	114
(2)	Commissions administratives contentieuses als Widerspruchskammern	114
(3)	Autorités administratives indépendantes als Widerspruchskammern	115
d)	Fazit.....	116
3.	Verwaltungsinterner Rechtsschutz im Vereinigten Königreich..	116
a)	Gerichtszentrierte Rechtstradition des common law.....	116
b)	Modelle verwaltungsinternen Rechtsschutzes	118
aa)	Internal review als Rechtsbeschwerdemodell.....	118
bb)	Tribunals als Ausprägung des Widerspruchskammermodells	119
(1)	Stellung im System des Verwaltungsrechtsschutzes	119
(2)	Ungeordnete tribunal landscape vor der Reform des Jahres 2007	120
(3)	Vereinheitlichung durch den Tribunals, Courts and Enforcement Act 2007.....	121
c)	Fazit.....	122
4.	Ergebnis: Das Widerspruchskammermodell als Funktionsäquivalent einer ausdifferenzierten öffentlich-rechtlichen Fachgerichtsbarkeit.....	123
III.	Schlussfolgerungen	124

Vierter Teil: Ein Widerspruchskammermodell für die Europäische Kommission

A.	<i>Grundzüge des Widerspruchsverfahrens</i>	126
I.	Obligatorisches oder fakultatives Widerspruchsverfahren?	126
1.	Diskussion im deutschen Verwaltungsverfahrenrecht	127
2.	Übertragung des Diskussionsstandes auf die EU-Eigenverwaltung	128
II.	Widerspruchsfähige Entscheidungen	129
III.	Einlegung und Begründung des Widerspruchs	129

IV.	Suspensiv effekt des Widerspruchs	130
V.	Integration eines Rechtsbeschwerdemodells	130
VI.	Entscheidung über den Widerspruch und Möglichkeit der reformatio in peius	130
VII.	Das EuG als Rechtsmittelinstanz für Entscheidungen der Widerspruchskammern	131
VIII.	Notwendigkeit einer Vorlageberechtigung der Widerspruchskammern gemäß Art. 267 AEUV	132
	1. Fehlende Vorlageberechtigung de lege lata	132
	2. Regelungslücke und Anpassung des Art. 267 AEUV	134
<i>B.</i>	<i>Organisatorische Aspekte</i>	135
I.	Ein System aus mehreren Widerspruchskammern	135
II.	Mögliche Anknüpfungspunkte	136
	1. Das Kabinettsystem der Kommission	136
	2. Die Generaldirektionen und Dienststellen der Kommission	137
III.	Gemeinsames Präsidium aller Widerspruchskammern	140
	1. Aufgaben und Stellung des Präsidenten	140
	2. Weitere Präsidiumsmitglieder	140
IV.	Besetzung der einzelnen Widerspruchskammern	142
V.	Amtszeit und rechtliche Stellung der Kammermitglieder	143
VI.	Einrichtung einer „Großen Widerspruchskammer“	143
	1. Intention: Praxisharmonisierung	143
	2. Besetzung	143
	3. Zuweisungskriterien	145
	4. Zuweisungszuständigkeit	146
	5. Wirkung der Zuweisungsentscheidung	147
	6. Entscheidungsbefugnisse	147
	7. Beratungsablauf	148
VII.	Geschäftsstelle, Dienststelle Unterstützung, Beratender Ausschuss ...	148
VIII.	Organisationschema	149
<i>C.</i>	<i>Das Widerspruchskammermodell im Gesamtkontext der Integration</i>	150
I.	Rechtspolitische Implikationen	150
	1. Das Widerspruchskammermodell im Kontext der zunehmenden Verlagerung von Verwaltungskompetenzen auf die Unionsebene	150
	a) Problemlage	150
	b) Das Widerspruchskammermodell als „Widerlager“ einer immer mächtigeren EU-Eigenverwaltung	153

2.	Das Widerspruchskammermodell im Kontext unionsgerichtlicher Kontrolldefizite im EU-Kartellrecht	153
	a) Problemlage	153
	b) Unionsgerichtliche Kontrolldefizite	155
	aa) Widersprüchliche Tendenzen bei der Überprüfung des Kommissionsermessens	155
	bb) Lange Verfahrensdauer in Wettbewerbssachen	157
	cc) Praktisch kein Suspensiveffekt bei der Anfechtung von Bußgeldentscheidungen	157
	c) Das Widerspruchskammermodell als Kompensation unionsgerichtlicher Kontrolldefizite im Wettbewerbsrecht... ..	158
3.	Das Widerspruchskammermodell im Kontext des Reformdrucks auf die Unionsgerichtsbarkeit.....	158
	a) Problemlage	158
	b) Bisherige Reformvorschläge	161
	aa) Errichtung von Fachgerichten	161
	bb) Erhöhung der Richterzahl beim EuG.....	162
	c) Das Widerspruchskammermodell als unerschlossenes Entlastungspotenzial für die Unionsgerichtsbarkeit.....	163
II.	Ausblick auf das künftige Verhältnis von Widerspruchskammern und Fachgerichten	163
	1. Das Widerspruchskammermodell als bloßer Zwischenschritt auf dem Weg zu einer ausdifferenzierten EU-Fachgerichtsbarkeit?	163
	a) Anspruch und Wirklichkeit des Art. 257 AEUV	164
	b) Position des Gerichtshofs.....	164
	2. Bewertung	167
III.	Ergebnis	168
Fünfter Teil: Zusammenfassung.....		170
Literaturverzeichnis.....		183
Personen- und Sachregister.....		197

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	Anderer Ansicht
a.E.	am Ende
a.F.	Alte Fassung
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
ALR	Administrative Law Review
Alt.	Alternative
AnwBl	Anwaltsblatt
AO	Abgabenordnung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
AuR	Arbeit und Recht
Az.	Aktenzeichen
Bad. Reg.-Bl.	Regierungsblatt für das Großherzogtum Baden
Bay. GVBl.	Gesetz- und Verordnungs-Blatt für das Königreich Bayern
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
BB	Betriebs-Berater
Bd.	Band
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht
Buchst.	Buchstabe
BULRev.	Boston University Law Review
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BWVPr.	Baden-Württembergische Verwaltungspraxis
bzw.	beziehungsweise
ch.	chapter
CLJ	Cambridge Law Journal
CMLRev.	Common Market Law Review
d.h.	das heißt
Ders.	Derselbe
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EG	Europäische Gemeinschaft
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl

EGKSV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
ELJ	European Law Journal
ELRev.	European Law Review
EMRK	Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten
ESRB	European Systemic Risk Board (Europäischer Ausschuss für Systemrisiken)
EU	Europäische Union
EuG	Gericht der Europäischen Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EuGöD	Gericht für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuR	Zeitschrift für Europarecht
Euratom	Europäische Atomgemeinschaft
EUV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
f./ff.	folgende/fortfolgende
FG	Festgabe
FGO	Finanzgerichtsordnung
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
GA	Generalanwalt
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GRURInt	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Internationaler Teil
h.M.	herrschende Meinung
HbgAGVwGO	Hamburgisches Ausführungsgesetz zur VwGO
Hess. Reg.-Bl.	Regierungsblatt für das Großherzogtum Hessen
HessAGVwGO	Hessisches Ausführungsgesetz zur VwGO
Hrsg.	Herausgeber
HStrR	Handbuch des Staatsrechts
i.d.F.	in der Fassung
i.d.S.	in diesem Sinne
i.E.	im Ergebnis
i.S.d.	im Sinne des
i.V.m.	in Verbindung mit
IStR	Internationales Steuerrecht
JURA	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
KOM	Dokumente der Europäischen Kommission

KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft
LKRZ	Zeitschrift für Landes- und Kommunalrecht Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland
LKT	Landkreistag Rheinland-Pfalz
m.w.N.	mit weiteren Nennungen
MJ	Maastricht Journal of European and Comparative Law
n.F.	neue Fassung
n.n.i.Slg.	noch nicht in Sammlung
n.v.	nicht veröffentlicht
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
o.ä.	oder ähnliches
o.J.	ohne Jahresangabe
para	paragraph/s
preuß.	preußische
ReNEUAL	Research Network on EU Administrative Law
RFDA	Revue française de droit administratif
RGBL	Reichsgesetzblatt
RhPflAGVwGO	Rheinland-Pfälzisches Ausführungsgesetz zur VwGO
RJD	Reports of Judgements and Decisions/Recueil des Arrêts et Décisions
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
Rs.	Rechtssache
RW	Rechtswissenschaft
S.	Seite
SaarLAGVwGO	Saarländisches Ausführungsgesetz zur VwGO
Sächs. GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt für das Königreich Sachsen
sec.	section(s)
SGB IX	Sozialgesetzbuch Neuntes Buch
SGB X	Sozialgesetzbuch Zehntes Buch
SGG	Sozialgerichtsgesetz
Slg.	Sammlung
Sp.	Spalte
u.	und
u.a.	unter anderem
UAbs.	Unterabsatz
Var.	Variante
verb.	verbundene
VerwArch	Verwaltungsarchiv
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
VR	Verwaltungsrundschau
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VVE	Vertrag über eine Verfassung für Europa
VwBlBW	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg

VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
Württ. Reg.-Bl.	Regierungsblatt für das Königreich Württemberg
YLJ	Yale Law Journal
z.B.	zum Beispiel
z.T.	zum Teil
ZBLG	Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik